

DIE REALITÄT AM DEUTSCHEN ARBEITSMARKT

**FAKTEN STATT
ZERRBILDER**

VORWORT



In zahlreichen Kommentaren der Medien, der Gewerkschaftsorgane oder auch der politischen Parteien wird beklagt, dass es um den deutschen Arbeitsmarkt schlecht bestellt ist. Es wird das Zerrbild einer von Zukunftssorgen und schlechten Arbeitsbedingungen geprägten Gesellschaft gezeichnet. Ist denn die Lage wirklich so schlecht, wie viele glauben machen?

Ein Blick in die Statistik genügt, um falsche Darstellungen zu korrigieren und einen realistischen Eindruck von der Situation am Arbeitsmarkt zu erhalten. Die Fakten zeigen, dass in unverantwortlicher Weise Ängste geschürt werden. Auf der Basis falscher Zahlen werden neue Regulierungen gefordert: Gesetzliche Mindestlöhne werden als probates Mittel gegen angebliche Missstände gepriesen, Befristungen werden verdammt, die Zeitarbeit gänzlich in Frage gestellt. Selbst Teilzeittätigkeiten gelten nicht als ein wichtiges Element zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern als „atypische“ Beschäftigung – und das, obwohl für die Arbeitnehmer erst 2001 ein Rechtsanspruch auf Teilzeit geschaffen wurde.

Um die Herausforderungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu meistern, ist ein an den Tatsachen orientierter und unverstellter Blick auf die Lage und die bestehenden Probleme notwendig. Dabei müssen auch die demografische Entwicklung und der technologische Wandel beachtet werden. Wir brauchen Ideenreichtum und individuelle, praxisorientierte Lösungen statt den immer gleichen Ruf nach gesetzlichen Mindestlöhnen und der Ausweitung von staatlichen Sozialleistungen.

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Dieter Hundt".

Prof. Dr. Dieter Hundt
Arbeitgeberpräsident



INHALT

FAKTEN GEGEN DIE MÄR VON DER „TAGELÖHNERGESELLSCHAFT DEUTSCHLAND“	3
DER DEUTSCHE ARBEITSMARKT IM WANDEL	4
Arbeitslosigkeit sinkt	6
Der „kranke Mann Europas“ ist gesundet	9
Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich sehr gering	10
Beschäftigung Älterer auf einem sehr guten Weg	12
FLEXIBLE BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE – KEIN GRUND FÜR DÄMONISIERUNG	14
Flexible Beschäftigungsverhältnisse schaffen Arbeit und ermöglichen Teilhabe	16
Teilzeit ist fast immer aus privaten Gründen gewollt	18
Zeitarbeit ist ein vollwertiges Arbeitsverhältnis	20
Befristungen erleichtern den Einstieg ins Berufsleben	22
Minijobs sind unverzichtbar	24
DEUTSCHLAND NICHT VOR DEM ABSTURZ IN ARMUT UND NIEDRIGLOHN	28
Es gibt keine deutsche „Niedriglohnstrategie“	30
„Aufstocker“ kein Beweis für „Armut trotz Arbeit“	34

FAKTEN GEGEN DIE MÄR VON DER „TAGELÖHNERGESELLSCHAFT DEUTSCHLAND“

Keine Verdrängung des „Normalbeschäftigungsverhältnisses“¹, sondern zusätzliche Beschäftigung und Abbau der Arbeitslosigkeit:

- 2006 bis 2011 wurden **2 Mio. neue Beschäftigungsverhältnisse** geschaffen, davon 1,5 Mio. sog. Normalarbeitsplätze.
- Der **Anteil sog. Normalarbeitnehmer** an der Gesamtbevölkerung ist von 2000 bis 2011 **konstant** geblieben.
- Die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** ist seit 2005 von 2,4 Mio. auf 1,2 Mio. **um über 1 Mio. gesunken**.
- Die **Zahl** der ausschließlich geringfügig Beschäftigten („Minijobber“) **stagniert**. Sie lag 2006 bei 4,85 Mio. und 2012 bei 4,82 Mio. Dabei waren zuletzt über 40 % der Minijobber Schüler, Studenten und Rentner. Die Zahl der Erwerbstätigen ist gleichzeitig hingegen von 39,2 Mio. auf 41,6 Mio. um 2,4 Mio. gestiegen.
- Der **Anteil der Zeitarbeitnehmer** an allen Erwerbstätigen liegt noch immer bei **nur 2 %**. Zwei Drittel waren **vor der Zeitarbeit arbeitslos**, davon jeder Sechste länger als ein Jahr.

Befristung nicht auf dem Vormarsch:

- Über die **Hälfte der Neueinstellungen** erfolgt **unbefristet**. 56 % der befristeten Arbeitsverhältnisse werden in unbefristete Beschäftigung umgewandelt.
- Der **Anteil** der befristeten Arbeitsverhältnisse liegt seit Jahren konstant bei **unter 10 %**.
- Die **Dauer der Betriebszugehörigkeit** ist in Deutschland zwischen 2001 und 2011 **von 10 auf 11,2 Jahre angestiegen**.

Niedriglohnbeschäftigung: Einstieg in Erwerb ist Chance zum Aufstieg

- 2010 haben 8 Mio. Menschen zu einem Stundenlohn unterhalb der **Niedriglohnschwelle² (9,15 €)** gearbeitet. Das sind 23 % der abhängig Beschäftigten, 2000 lag dieser Wert nur geringfügig darunter bei rd. 21 %. Rund ein Viertel schafft innerhalb eines Jahres den Aufstieg in eine höher entlohnte Beschäftigung.
- **46 %** der Beschäftigten im Niedriglohnbereich üben eine Tätigkeit aus, für die **kein Abschluss** benötigt und die daher zwangsläufig gering entlohnt wird.
- 56 % der Arbeitslosen lagen mit ihrem Haushaltseinkommen unterhalb der **Armutsgefährdungsschwelle³**. Von den Niedriglohnbezieher*innen waren es **nur 16 %**, der Bevölkerungsdurchschnitt liegt bei 14 %.
- Deutschland ist kein Niedriglohnland: Die **Arbeitskosten** betrugen 2011 pro Arbeitsstunde 31,30 € in der Privatwirtschaft und **34,30 € im Verarbeitenden Gewerbe** (Rang 5 im EU-Vergleich).

„Aufstocken“ kein Beleg für „working poor“:

- Von den rd. 1,3 Mio. „Aufstockern“ arbeitet die **Hälfte nur in einem Minijob**.
- Die Zahl der **vollzeitbeschäftigten „Aufstocker“** lag zuletzt bei **unter 300.000**, das entspricht lediglich 1,4 % der Vollzeitbeschäftigten insgesamt. Rund zwei Drittel aller vollzeitbeschäftigten Aufstocker schaffen spätestens **nach zwölf Monaten den Ausstieg aus dem Fürsorgebezug**.
- Der Großteil der vollzeitbeschäftigten „Aufstocker“ ist wegen **familienbedingter Mehrbedarfe** bedürftig. Ein in Berlin lebender, verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern würde bei einer 38-Stunden-Woche erst bei einem Stundenlohn über 15 € keinen Anspruch mehr auf ergänzendes Arbeitslosengeld II haben. Auch ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 €/Stunde würde hier nichts am „Aufstocken“ ändern.

¹ Abhängiges, voll sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis, das in Vollzeit und unbefristet ausgeübt wird. Ein „Normalarbeitnehmer“ arbeitet direkt in dem Unternehmen, mit dem er einen Arbeitsvertrag hat.

² Die Niedriglohnschwelle liegt bei zwei Dritteln des Medianstundenlohns.

³ Die Armutsgefährdungsschwelle entspricht 60 % des Medians des mit der Haushaltsgröße modifizierten Haushaltsnettoeinkommens (Arbeitseinkommen, Kapitaleinkommen, Transfereinkommen).

”

Mit rd. 28,9 Mio. gab es im Jahr 2012 die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten innerhalb der letzten 20 Jahre (Stichtag 30. Juni des jeweiligen Jahres, der für das Gesamtjahr als repräsentativ gilt). Tarifautonomie, offene Arbeitsmärkte und Chancengleichheit – wichtige Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft – haben wesentlich dazu beigetragen, Brücken in den Arbeitsmarkt zu bauen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhöhen.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie,
Jahreswirtschaftsbericht 2013

“

DER DEUTSCHE ARBEITSMARKT IM WANDEL

ARBEITSLOSIGKEIT SINKT

SPALTUNG AM ARBEITSMARKT WIRD ENDLICH ÜBERWUNDEN

Der Arbeitsmarkt in Deutschland befindet sich dank richtiger Reformen im Zuge der Agenda 2010 seit Jahren auf Erfolgskurs. Trotz des heftigsten konjunkturellen Einbruchs, den es in Deutschland je gegeben hat – das Bruttoinlandsprodukt sank im Jahr 2009 auf einen Schlag um 5,1 %⁴ –, sind die Schlangen vor den Arbeitsagenturen und Jobcentern in den vergangenen Jahren kontinuierlich kürzer geworden.

Der jahrzehntelange, fatale Trend einer steigenden Sockelarbeitslosigkeit, also der Zahl der Arbeitslosen, die selbst am Ende eines konjunkturellen Aufschwungs ver-

bleibt, konnte nach 2005 gestoppt und umgekehrt werden. Insgesamt sank die Zahl der Arbeitslosen vom traurigen Rekord von 4,9 Mio. im Jahr 2005 auf unter 2,9 Mio. im Jahr 2012.⁵

Allein die Zahl der Langzeitarbeitslosen, also derjenigen, die länger als zwölf Monate ohne Beschäftigung sind, ist seit 2005 um mehr als 1 Mio. zurückgegangen.⁶ Zahlreiche Menschen, die früher vom Arbeitsmarkt ausgesperrt waren, haben eine neue Beschäftigung gefunden. Sie tauchen nicht mehr in der Arbeitslosen-, sondern in der Beschäftigtenstatistik auf.

Jahrzehntelanger Trend der steigenden Sockelarbeitslosigkeit gestoppt und umgekehrt



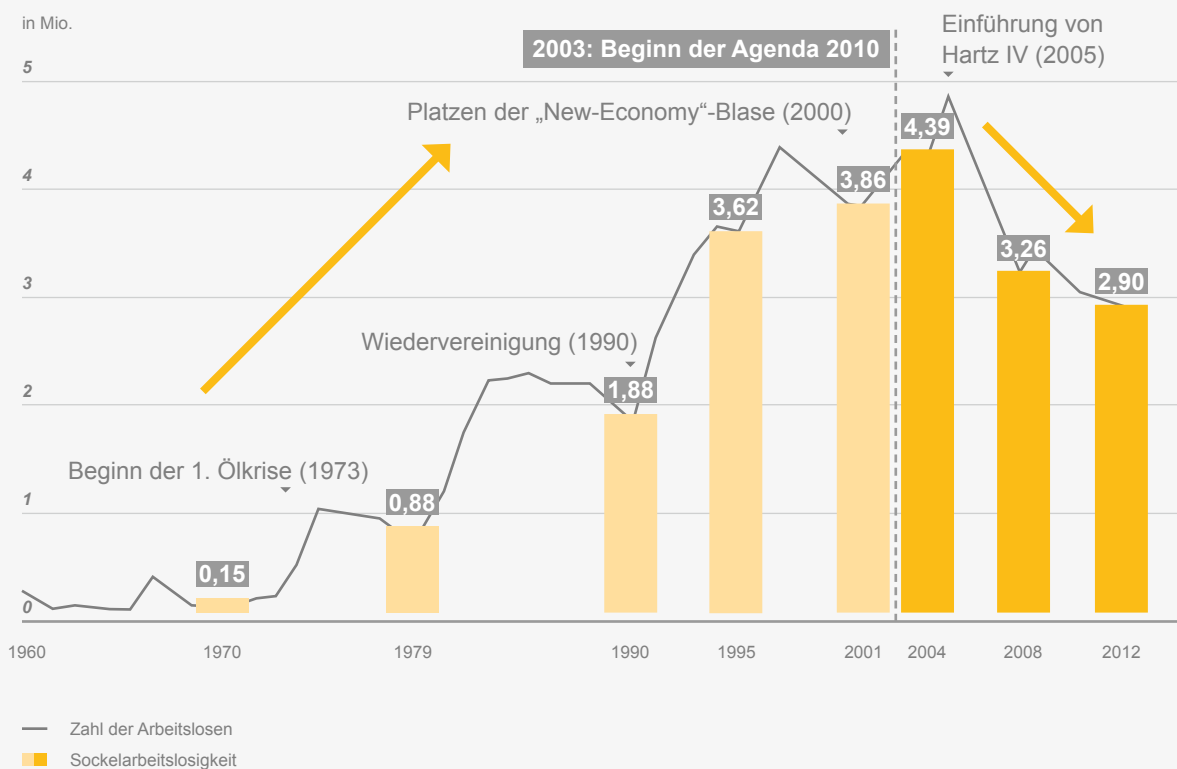
⁴ Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen, Lange Reihen ab 1950, 2013.

⁵ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Nürnberg, 2013.

⁶ OECD.StatExtracts, Unemployment by duration, 2013.

Harter Kern der Arbeitslosigkeit schmilzt endlich

Entwicklung der Sockelarbeitslosigkeit



Sockelarbeitslosigkeit: harter Kern der Arbeitslosigkeit, der auch in konjunkturell guten Zeiten bestehen bleibt;

Zahl der Arbeitslosen: bis 1990 nur Westdeutschland

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2013; eigene Darstellung

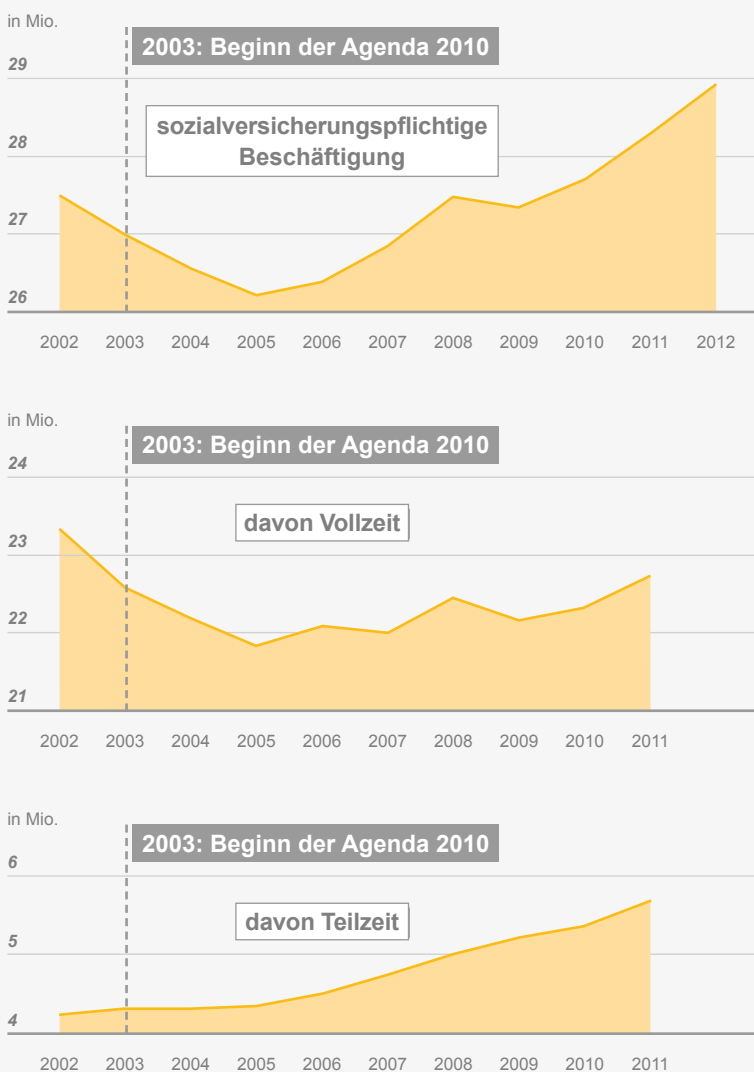
Erfreulicherweise sind auch immer weniger Menschen in Deutschland auf Sozialleistungen angewiesen. Ende 2011 bezogen noch knapp 9 % der Bevölkerung Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter – Ende 2006 waren es noch gut 10 %.⁷

Alein die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II ist in diesem Zeitraum um 16 % zurückgegangen.⁷ Hunderttausende Bezieher von Arbeitslosengeld II haben es geschafft, sich von staatlicher Fürsorgeleistung zu lösen, und meistern ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat mit knapp 29 Mio. im Jahr 2012 fast wieder das Rekordniveau von 1992 erreicht.⁸ Und das, obwohl die schmerzhafteste Restrukturierung vieler Betriebe auf dem Gebiet der ehemaligen DDR damals erst noch bevorstand. Bezieht man all diejenigen Menschen mit ein, die als Beamte, Selbstständige oder Minijobber ein eigenes Einkommen erwirtschaften, stehen in Deutschland heute mehr Menschen in Lohn und Brot als jemals zuvor.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wächst wieder

Sowohl in Vollzeit als auch in Teilzeit



Stichtag jeweils 30. Juni

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2013

⁷ Statistisches Bundesamt, Quote der Empfänger sozialer Mindestsicherung sinkt auf 8,9 %, Pressemitteilung vom 7. November 2012 – 383/12, 2012.

⁸ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Altersgruppen zum Stichtag 30. Juni 2012, Nürnberg, 2013; Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen – Zeitreihe ab 1974 bis 1998, Nürnberg, 2012.

DER „KRANKE MANN EUROPAS“ IST GESUNDET

Es ist gerade einmal gut zehn Jahre her, dass Deutschland vielfach als „kranke Mann Europas“ bezeichnet wurde, dessen verkrustete Strukturen vor allem am Arbeitsmarkt ein wesentlicher Hemmschuh für das Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung waren. Wie deutlich sich das Bild seitdem gewandelt hat, zeigt auch die Berichterstattung im Ausland. Die britische Zeitschrift „Economist“, die im Jahr 1999 die Bezeichnung Deutschlands als „kranke Mann Europas“ geprägt hatte, sprach im Jahr 2010 von Deutschland als „Motor Europas“, dessen Arbeitsmarkt die Wirtschafts- und Finanzkrise so gut überstanden habe wie kaum ein anderes Land.

Zwischen 2005 und 2012 sank die Erwerbslosenquote in der Bundesrepublik von 11,3 % auf 5,5 %.⁹ Lediglich in Österreich, den Niederlanden und in Luxemburg ist die Erwerbslosenquote noch etwas niedriger als hierzulande.

Der Aufholprozess in Deutschland sollte Politik und Gesellschaft eigentlich Anlass zur Freude geben. In nicht einmal einer Dekade wurde auf dem Arbeitsmarkt der Turnaround geschafft. Wesentlich hierfür mitverantwortlich sind die Stärke und Innovationskraft der deutschen Wirtschaft, eine funktionierende Sozialpartnerschaft so-

wie die in den vergangenen Jahren erhöhte Flexibilität des Arbeitsmarkts, welche von der Politik auch gegen Widerstände durchgesetzt wurde. Es ist kein Zufall, dass die Arbeitslosigkeit infolge des Inkrafttretens der Agenda 2010 so deutlich und nachhaltig gesunken ist.

Niedrigster Stand der Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung

Kernstück der Reform war ein fundamentaler Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik: Die

weltweit einmalige lohnabhängige, dauerhafte finanzielle Unterstützung Langzeitarbeitsloser über eine am letzten Gehalt orientierte Arbeitslosenhilfe wurde aufgegeben, mit der Sozialhilfe zusammengelegt und durch das bedarfsorientierte Grundsicherungs- und Fördersystem Arbeitslosengeld II ersetzt. Bei diesem steht die Integration in den ersten Arbeitsmarkt an vorderster Stelle.

Die Erfolge am Arbeitsmarkt haben auch dazu beigetragen, dass sich die gesellschaftliche Ungleichheit in den vergangenen Jahren deutlich verringert hat. Hiervon haben vor allem die unteren Einkommensklassen profitiert: Die unteren 40 % der Bevölkerung steigerten ihr Einkommen zwischen 2009 und 2010 real um 2 % und damit überdurchschnittlich. Hingegen stagnierten die mittleren und oberen Einkommen, vor allem aufgrund von geringerem Einkommen aus Vermögen.¹⁰



⁹ Eurostat, Arbeitslosenquote nach Geschlecht, 2013.

¹⁰ Grabka, M., J. Goebel und J. Schupp, Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?, DIW Wochenbericht, Nr. 43, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, 2012, S. 6.

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH SEHR GERING

Gerade für junge Menschen ist eine frühzeitige und längerfristige Arbeitslosigkeit eine besonders prägende negative Erfahrung. Deswegen ist es besonders erfreulich, dass die Beschäftigungsaussichten für Jugendliche in Deutschland so gut sind wie sonst nirgends in Europa: In keinem anderen Land ist die saisonbereinigte Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen niedriger als in der Bundesrepublik.¹¹

Dies ist kein kurzfristiges Phänomen – Deutschland belegt in dieser Statistik schon seit vielen Jahren kontinuierlich einen der vorderen Plätze. Wesentlich hierfür verantwortlich ist das duale Ausbildungssystem, welches durch die enge Verknüpfung mit der beruflichen Praxis einen optimalen Start in den Beruf ermöglicht. Die duale Ausbildung lohnt sich für beide Seiten: Sie sichert den Unternehmen qualifizierte Fachkräfte und den Jugendlichen gute berufliche Chancen.

Ausbildungssystem hat sich bewährt

Unternehmen engagieren sich daher auf breiter Basis für die Ausbildung. Zwischen 2001 und 2007 haben 42 % der ausbildungsberechtigten Betriebe kontinuierlich und 36 % mit Unterbrechungen ausgebildet, insgesamt also 78 %.¹² Pro Jahr investieren sie rd. 24 Mrd. € in die Ausbildung von rd. 1,6 Mio. jungen Menschen. Außerdem gibt es in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern keinen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, der die Beschäf-

tigungschancen Jugendlicher aufgrund ihrer oft noch fehlenden Berufserfahrung und damit geringeren Produktivität nachhaltig verschlechtern würde. Was solche Mindestlöhne bewirken, zeigt sich beispielsweise in Ländern wie Frankreich oder Spanien. Selbst in den Jahren vor der Krise waren dort Arbeitslosenquoten von Jugendlichen von mehr als 20 % keine Seltenheit – und das, obwohl für Jugendliche dort teilweise niedrigere Mindestlöhne gelten als für Erwachsene.

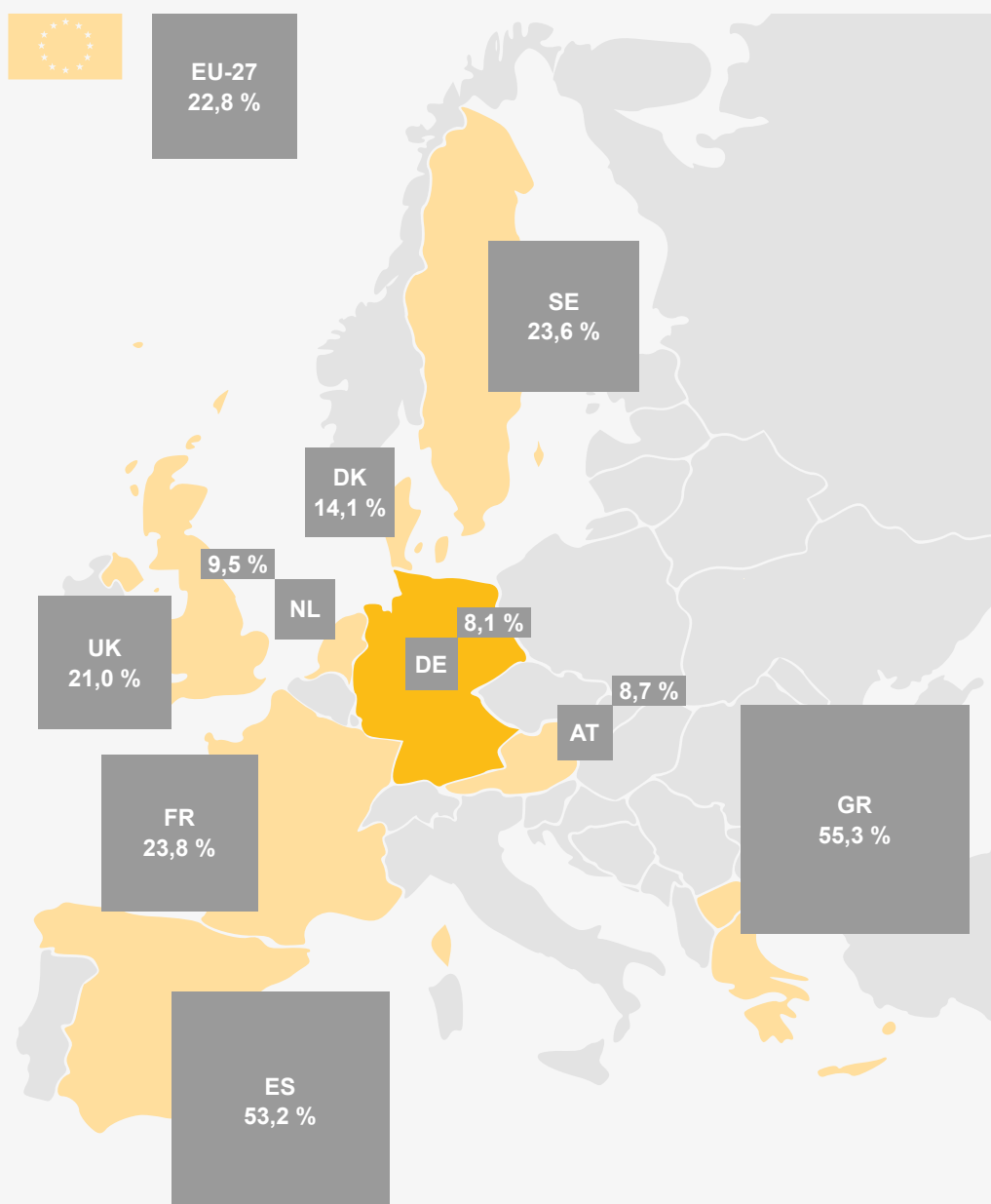


¹¹ Eurostat, Arbeitslosenquote nach Altersgruppe, 2013.

¹² Frei, M. und F. Janik, Wo Ausbildungspotenzial noch brach liegt, IAB-Kurzbericht 19/2008, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, 2008.

Jugendliche in Deutschland haben europaweit das geringste Arbeitslosigkeitsrisiko

Arbeitslosenquoten der 15- bis 24-Jährigen 2012



Quelle: Eurostat, 2013

BESCHÄFTIGUNG ÄLTERER AUF EINEM SEHR GUTEN WEG

ZERRBILD

„Menschen, die älter als 60 sind, wurden unnötig aus dem Arbeitsleben gedrängt. Gleichzeitig klagen die Arbeitgeber über Fachkräftemangel.“

Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender
Rhein-Neckar-Zeitung, 30. Oktober 2012

Angesichts des richtigen Einstiegs in die Rente mit 67 wird zunehmend über die Arbeitsmarktlage älterer Arbeitnehmer diskutiert – leider oft mit irreführenden Behauptungen und falschen Unterstellungen. Tatsache ist, dass sich die Beschäftigungssituation der älteren Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren stark verbessert hat. Seitdem teure, politisch gewollte und oftmals kontraproduktive Frühverrentungsprogramme endlich der Vergangenheit angehören, hat sich die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen stark erhöht.

So ist die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen zwischen 2000 und 2012 um mehr als die Hälfte von 37,4 % auf 61,5 % gestiegen. Bei den 60- bis 64-Jährigen hat sie sich seitdem sogar mehr als verdoppelt und lag zuletzt bei 46,5 %.¹⁴ Darüber hinaus haben laut Mikrozensus im Jahr 2011 über zwei Drittel der abhängig Beschäftigten dieser Altersgruppe in Vollzeit gearbeitet.¹⁵

***Fast nirgendwo sonst höhere Erwerbsintegration
älterer Menschen als in Deutschland***

FAKT

- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen ist seit 2000 auf knapp 1,4 Mio. gestiegen und hat sich damit mehr als verdoppelt.¹³
- Insgesamt ist die Zahl aller Beschäftigten in diesem Zeitraum „nur“ um 4 % gestiegen.¹³
- Der oft behauptete Anstieg der Arbeitslosigkeit Älterer beruht ausschließlich auf einer Statistikänderung. Nach dieser werden heute auch Arbeitslose im Alter von über 58 Jahren berücksichtigt, die früher zu großen Teilen nicht als arbeitslos gezählt wurden.

In keinem anderen Land der Europäischen Union (EU), mit Ausnahme von Schweden, sind ältere Menschen besser in den Arbeitsmarkt integriert als in Deutschland. Dies zeigt: Die Unternehmen in Deutschland nehmen die Herausforderung an, mit alternden Belegschaften und einem sinkenden Potenzial an Fach- und Führungskräften die betriebliche Leistungsfähigkeit im globalen Wissens- und Innovationswettbewerb zu erhalten bzw. zu stärken. Viele Unternehmen nutzen eine breite Palette von Maßnahmen: vom alter(n)sgerechten Personaleinsatz über altersgemischte Teams bis hin zur gezielten Suche nach älteren Mitarbeitern. Weil alter(n)sgerechte Personalpolitik aber nicht erst bei Älteren, sondern bereits bei den Auszubildenden beginnt, haben gerade viele große Unternehmen bereits eine an Lebensphasen orientierte Personalstrategie entwickelt. Die BDA hat diesen Prozess von Anfang an unterstützt und wirbt gezielt dafür, Unternehmen für die Herausforderungen des demografischen Wandels zu sensibilisieren.

¹³ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Altersgruppen zum Stichtag 30. Juni 2012, Nürnberg, 2013.

¹⁴ Vgl. jeweils Eurostat, Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit, 2013.

¹⁵ Statistisches Bundesamt, Mikrozensus – Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2011, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Wiesbaden, 2012.

”

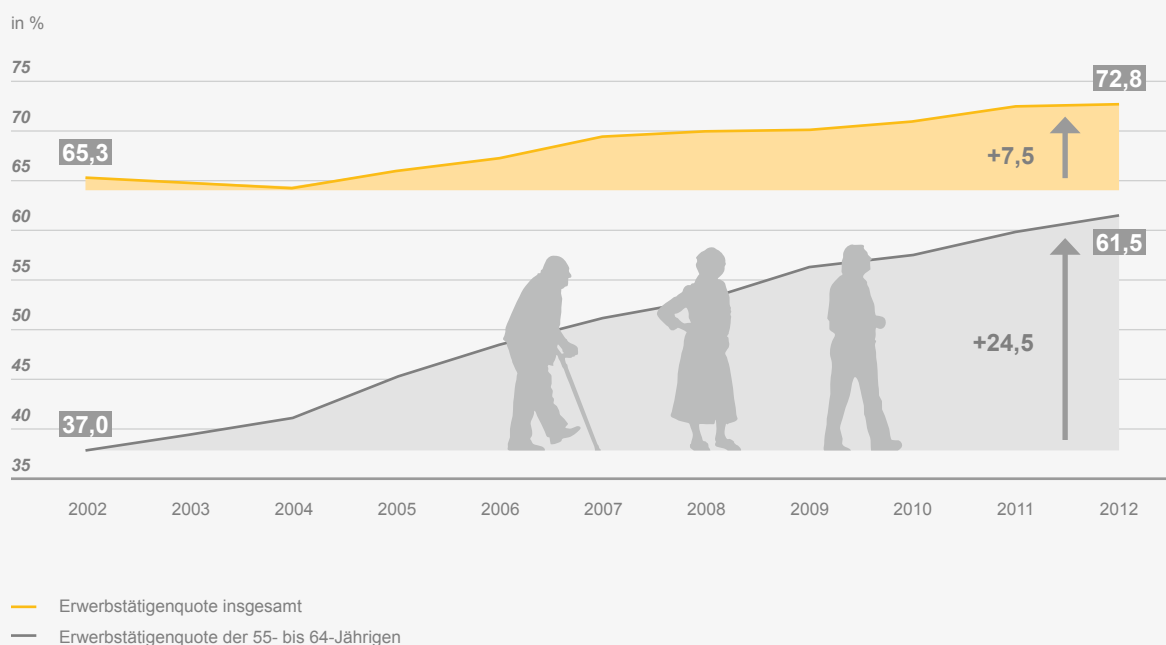
Als Rot-Grün 1998 begann, waren nur 36 % der über 55-Jährigen in Beschäftigung. Inzwischen arbeiten in dieser Altersgruppe rd. 65 %. Das wächst nach oben durch: Die Menschen werden 60, gehen auf die 65 zu. Selbst in der Altersgruppe zwischen 60 und 64 Jahren arbeiten jetzt 42 %, obwohl die Welle dort noch nicht ganz angekommen ist. Das sind doppelt so viele wie vor wenigen Jahren. Ich bin stolz darauf, wie viel wir erreicht haben.

Franz Müntefering, FAS, 28. Oktober 2012

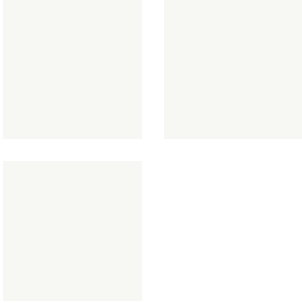
“

Die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen steigt seit Jahren deutlich an

Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64-Jährigen im Vergleich zur Erwerbsbeteiligung insgesamt



Quelle: Eurostat, 2013



”

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt seit dem Jahr 2010 war von einem überproportionalen Anstieg sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse begleitet. Es ist hingegen nicht zu beobachten, dass atypische Beschäftigungsverhältnisse in den vergangenen Jahren ebenfalls deutlich überproportional ausgeweitet worden wären.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2012/13

“

FLEXIBLE BESCHÄFTI- GUNGSVERHÄLTNISSE – KEIN GRUND FÜR DÄMONISIERUNG

FLEXIBLE BESCHÄFTIGUNGS- VERHÄLTNISSE SCHAFFEN ARBEIT UND ERMÖGLICHEN TEILHABE

ZERRBILD

„Es ist wie eine Seuche. Minijobs, Befristungen und Leiharbeit greifen um sich. Immer mehr Beschäftigte sind von prekärer, also unsicherer Beschäftigung betroffen. [...] Unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse haben in den vergangenen Jahren rasant zugenommen.“

IG Metall

8. Oktober 2012¹⁶

Ein markantes Beispiel für bewusste Irreführungen ist die Debatte über die sog. atypischen Beschäftigungsformen. Dieser Oberbegriff fasst alle Beschäftigungsverhältnisse zusammen, die vom „Normalarbeitsverhältnis“ (u. a. vom Statistischen Bundesamt aufgefasst als unbefristete Vollzeitstätigkeit mit voller Sozialversicherungspflicht und Identität von Arbeitgeber und Arbeitsort) abweichen. Allerdings gibt es weder für den einen noch für den anderen Begriff eine einheitliche Definition. Sie haben sich vielmehr durch ihre wiederkehrende Verwendung in Wissenschaft und im öffentlichen Sprachgebrauch festgesetzt.

Mit der willkürlichen Unterscheidung von Beschäftigungsverhältnissen in „normal“ und „atypisch“ ist eine implizite negative Wertung dessen verbunden, was nicht „normal“ ist, also von der, wie auch immer gearteten, Norm abweicht. Befristete Arbeitsverhältnisse, Minijobs, Teilzeittätigkeiten oder auch eine Beschäftigung in der Zeitarbeit werden als „atypisch“ abgetan und dadurch mit einem eindeutig negativen Etikett versehen. Ob sie von den Beschäftigten freiwillig gewählt wurden, positive Effekte auf die Erwerbstätigkeit haben oder die Flexibilität des Arbeitsmarkts erhöhen, wird meistens ignoriert.

Die negative Wertung der genannten Beschäftigungsformen durch ihre Bezeichnung als „atypisch“ wird ihrer Bedeutung für den Arbeitsmarkt nicht gerecht und stigmatisiert die in diesen Beschäftigungsverhältnissen arbeitenden

FAKT

- Bei flexibler Beschäftigung handelt es sich in der Regel um zusätzliche Beschäftigung.
- Zwischen 2006 und 2011 sind rd. 2 Mio. neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden, davon sind rd. 1,5 Mio. „Normalarbeitsplätze“.¹⁷
- Der Anteil der „Normalarbeitnehmer“ an der Gesamtbevölkerung ist zwischen 2000 und 2011 konstant geblieben. Dagegen ist der Anteil der Erwerbslosen erfreulicherweise zurückgegangen, während sich der Anteil der Personen in flexiblen Beschäftigungsverhältnissen erhöht hat.¹⁷

Menschen. Sachgerechter wäre die Bezeichnung „flexible Beschäftigungsformen“, da sie maßgeblich zur erhöhten Flexibilität des Arbeitsmarkts beigetragen haben.

Schließlich ist es gerade auch diesen Beschäftigungsformen zu verdanken, dass in den vergangenen Jahren so viele Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose den Weg zurück in den Arbeitsmarkt fanden. Im Jahr 2011 waren über 42 % der abhängig Beschäftigten ohne Berufsausbildung in flexiblen Beschäftigungsverhältnissen tätig.¹⁸

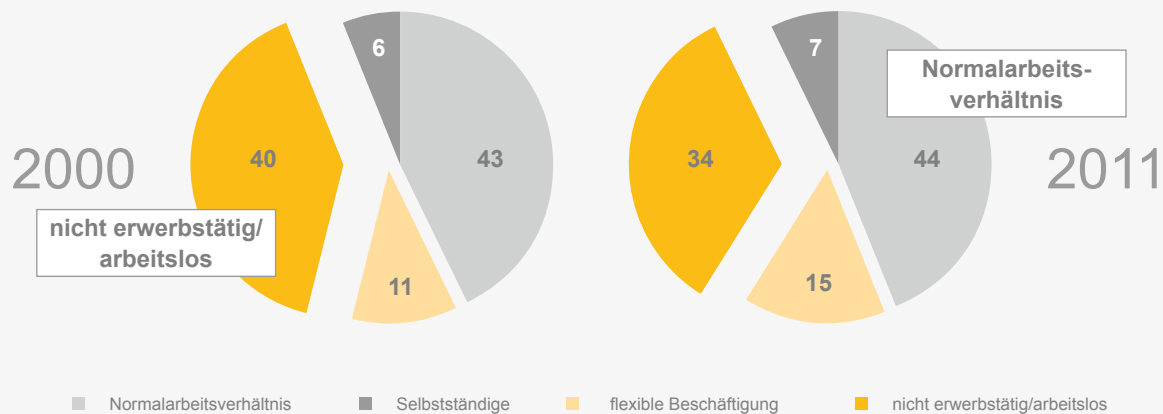
¹⁶ IG Metall, Seuche prekäre Beschäftigung, www.igmetall.de, 8. Oktober 2012.

¹⁷ Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Erwerbstätige in unterschiedlichen Erwerbsformen, 2013.

¹⁸ Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Erwerbstätige in unterschiedlichen Erwerbsformen nach soziodemografischen Merkmalen und Wirtschaftsabschnitten 2011, 2013.

Flexible Beschäftigung hat maßgeblich zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen

Entwicklung der Beschäftigungsformen als Anteil an den 15- bis 64 Jährigen, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2013

Für viele Arbeitnehmer stellen alternative Beschäftigungsformen eine niedrighschwellige Einstiegsmöglichkeit in den Arbeitsmarkt dar. Sie geben zudem Arbeitgebern die Möglichkeit, schnell auf punktuelle Auftragsspitzen zu reagieren und das Arbeitsvolumen an betriebliche Notwendigkeiten anzupassen. Allein schon weil sich jede flexible Beschäftigungsform durch spezifische Charakteristika auszeichnet, müssen sie auch differenziert betrachtet werden.

Ein völliger Irrweg ist es, flexible Beschäftigungsformen pauschal als „prekär“ abzustempeln. Immer wieder wird behauptet, dass es sich bei den neu entstandenen Arbeitsplätzen der vergangenen Jahre um prekäre, also unsichere und zum Leben nicht ausreichende Arbeitsplätze handele. Dies ist falsch, denn flexible Beschäftigungsformen können nicht pauschal mit Einkommens- oder Beschäftigungsunsicherheit und niedriger Bezahlung gleichgesetzt werden. Gerade Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung oder Zeitarbeitsverhältnisse umfassen auch anspruchsvolle Tätigkeiten, die gut honoriert werden und die Beschäftigungsaussichten vieler Menschen verbessern. So sind z. B. junge Akademiker, die an Universitäten und Instituten arbeiten und forschen, in der Regel befristet oder in Teilzeit beschäftigt.

Hätte die stärkere Nutzung flexibler Beschäftigungsformen zu einer vermehrten Beschäftigungsunsicherheit geführt, müsste die durchschnittliche Verweildauer von Arbeitneh-

mern in einem Betrieb in den vergangenen Jahren gesunken sein. Das Gegenteil allerdings ist der Fall: Von 2001 bis 2011 ist die durchschnittliche Dauer der Arbeitsverhältnisse abhängig Beschäftigter von 10 auf 11,2 Jahre gestiegen.¹⁹

Flexible Beschäftigungsformen eröffnen Teilhabechancen: Sie senken die Einstellungshürden gerade für diejenigen, die bisher keine Ausbildung oder Berufserfahrung haben oder lange arbeitslos sind. Nur wenn ihnen der Einstieg in Arbeit gewährt wird, ist mehr berufliche und gesellschaftliche Teilhabe möglich. Durch die Minimierung von Erwerbsunterbrechungen, die gezielte Förderung beruflicher Aufstiegsmöglichkeiten und die Heranführung möglichst vieler Menschen an eine vollzeitnahe Beschäftigung, müssen Teilhabechancen weiter verbessert und verstetigt werden.

Dass durch flexible Beschäftigungsformen das „Normalarbeitsverhältnis“ insgesamt nicht verdrängt wird, wie oft suggeriert wird, zeigt auch die Tatsache, dass der Anteil der „Normalarbeitnehmer“ an der Gesamtbevölkerung zwischen 2000 und 2011 konstant geblieben ist. Der Anteil der Erwerbslosen ist dagegen erfreulicherweise zurückgegangen, während sich der Anteil der Personen in flexiblen Beschäftigungsverhältnissen erhöht hat.¹⁷ Dies zeigt: Bei flexibler Beschäftigung handelt es sich in der Regel um zusätzliche Beschäftigung.

Flexible Beschäftigung hat vielen Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen Einstieg in Arbeitsmarkt erleichtert

¹⁹ OECD.StatExtracts, Employment by job tenure intervals – average tenure, 2013.

TEILZEIT IST FAST IMMER AUS PRIVATEN GRÜNDEN GEWOLLT ...

ZERRBILD

„Mehr als ein Drittel aller Arbeitnehmer muss mit Leiharbeit, Mini- und Midijobs, Teilzeit oder befristeten Arbeitsverträgen über die Runden kommen. Die wenigsten entscheiden sich freiwillig dafür, ein erheblicher Teil erhält einen Niedriglohn.“

Hans-Böckler-Stiftung
2012²⁰

FAKT

- Die Teilzeitquote – also der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – hat sich in den vergangenen Jahren erhöht und lag 2011 bei 20 %.²¹
- Dies ist auch das Resultat einer deutlich gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen. Im Jahr 2012 gingen knapp 72 % aller Frauen einer Erwerbstätigkeit nach, 2000 waren es nur knapp 61 %.²²
- Mehr als 80 % aller Teilzeitbeschäftigten gehen aus privaten Gründen keiner Vollzeittätigkeit nach, weil sie z. B. familiären Aufgaben höhere Priorität einräumen.²³

Wie widersinnig es ist, flexible Beschäftigungsverhältnisse als „atypisch“ zu bezeichnen, lässt sich u. a. am Beispiel der Teilzeitbeschäftigung festmachen: In den vergangenen Jahren ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen erfreulicherweise deutlich gestiegen. Angesichts oft noch unzureichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten entscheiden sich gerade viele Mütter nach der Elternzeit bewusst für eine Teilzeittätigkeit, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

**Ausbau von Kinderbetreuungsinfrastruktur
oberste Priorität**

Heute arbeiten mehr als ein Drittel aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Teilzeit,²¹ andere bessern das Haushaltseinkommen mit einem Minijob auf. Insgesamt übten nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Jahr 2011 fast 37 % aller Frauen eine Beschäftigung aus, die in die Kategorie „atypisch“ fiel.²⁴ Die Herabsetzung der in den allermeisten Fällen freiwillig gewählten Erwerbsnormalität von mehr als einem Drittel aller beschäftigten Frauen als „atypisch“ geht damit völlig fehl.

... UND HILFT FAMILIE UND BERUF ZU VEREINBAREN.

Eine Beschäftigung in Teilzeit wird von den Beschäftigten in den allermeisten Fällen freiwillig gewählt, vor allem um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können.²³ Die Ausweitung der Teilzeit war daher auch politisch gewollt: Im Jahr 2001 wurde der rechtliche Anspruch auf Teilzeit gesetzlich verankert.

Der hohe Teilzeitanteil bei Frauen hat allerdings auch dazu geführt, dass die Arbeitsmarktpotenziale vieler gut qualifizierter Frauen ungenutzt bleiben. Zudem sind reduzierte Arbeitszeiten bei Frauen ein wesentlicher Grund für Lohnunterschiede.²⁵ Wer weniger arbeitet, erwirbt weniger berufliche Erfahrung und Kenntnisse und hat damit schlechtere berufliche Karriere- und Verdienstchancen.

²⁰ Böckler Impuls, Zwei Jahrzehnte Flexibilisierung: Ein Drittel arbeitet atypisch, Heft 17/2012, S. 4 f.

²¹ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, 2013.

²² Eurostat, Erwerbstätigenquote nach Geschlecht, 2013.

²³ Statistisches Bundesamt, Qualität der Arbeit, 2012.

²⁴ Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Erwerbstätige in unterschiedlichen Erwerbsformen, 2013.

²⁵ Schäfer, H., J. Schmidt und O. Stettes, Beschäftigungsperspektiven von Frauen – Eine arbeitsmarktkonomische Analyse im Spiegel der Gleichstellungsdebatte, IW-Positionen – Beiträge zur Ordnungspolitik Nr. 57, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2013.

Dies kann sich Deutschland allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung und wachsender Fachkräftengpässe nicht länger leisten. Die deutsche Wirtschaft setzt sich daher mit Nachdruck dafür ein, die Voraussetzungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, damit mehr Teilzeitbeschäftigte einer vollzeitnahen Tätigkeit nachgehen können.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss vor allem der bedarfsgerechte Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsinfrastruktur endlich höchste Priorität erhalten. Auch im internationalen Vergleich hat Deutschland hier noch großen Nachholbedarf.

”

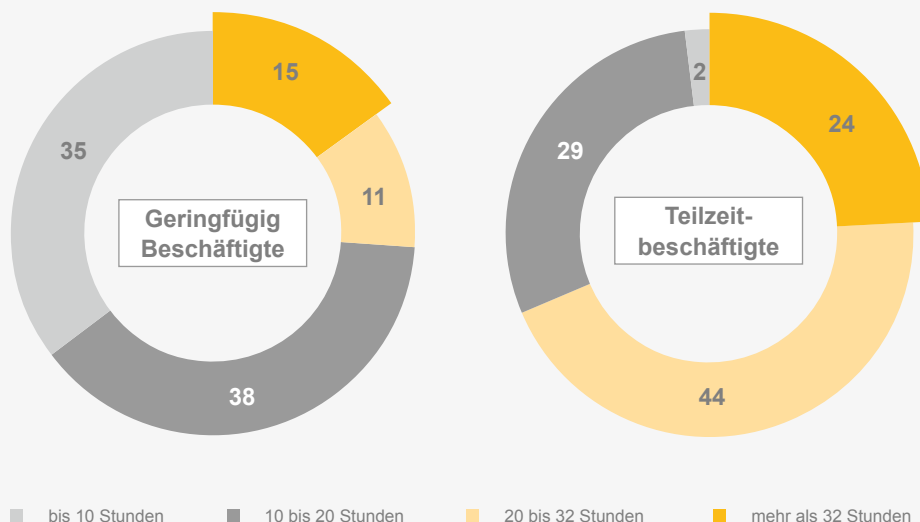
80 % der teilzeittätigen Mütter [...] schränkten im Jahr 2010 ihren Beschäftigungsumfang wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtungen ein. [...] Teilzeitbeschäftigung stellt also in diesen Fällen keine Notlösung dar, sondern entspricht durchaus auch den Wünschen von Müttern mit ‚kleineren‘ Kindern im Haushalt.

Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Januar 2012

“

Minijobber und Teilzeitleiter: Nur wenige wollen Vollzeit

So viel Prozent der Beschäftigten würden so lange arbeiten, wenn sie den Umfang ihrer Arbeitszeit selbst wählen könnten und sich ihr Verdienst entsprechend der Arbeitszeit ändert



Stand 2010; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2012

ZEITARBEIT IST EIN VOLLWERTIGES ARBEITSVERHÄLTNIS

ZERRBILD

„[...] Leiharbeit [ist] das sichtbarste Beispiel für die Verrohung der Sitten auf dem Arbeitsmarkt. Sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze gibt es für immer weniger Menschen. Billigjobs und befristete Arbeitsverhältnisse sind auf dem Vormarsch [...].“

Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall
Schwarzbuch Leiharbeit, 2012

Zeitarbeit ist in Deutschland kein Massenphänomen, aber für viele Menschen ein Sprungbrett in Beschäftigung.

Der Anteil der Zeitarbeit an der Erwerbstätigkeit liegt in Deutschland nach den neuesten Zahlen bei lediglich 2,1 %.²⁶ Im ersten Halbjahr 2012 waren zwei Drittel der neu eingestellten Zeitarbeitnehmer vorher ohne Beschäftigung, jeder Sechste davon war sogar länger als ein Jahr arbeitslos.²⁷

Zeitarbeit ist kein zweitklassiger „Ersatzjob“, wie oft behauptet wird, sondern ein vollwertiges Arbeitsverhältnis, das dem gleichen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz wie andere Beschäftigungsverhältnisse unterliegt. Die Bezahlung erfolgt fast zu 100 % nach Tarifvertrag mit der entsprechenden sozialen Absicherung. Zudem wird in der Zeitarbeit zu 90 % in Vollzeit gearbeitet.²⁷

Dass Zeitarbeit nicht dem sog. Normalarbeitsverhältnis zugerechnet wird, ist letztlich nur Ausdruck einer bewussten Stigmatisierung, die in dem Kriterium der fehlenden Identität von Arbeitsplatz und Arbeitgeber eine äußerst fragwürdige Begründung erfährt. Schließlich arbeiten heu-

FAKT

- Zeitarbeit ist in Deutschland kein Massenphänomen, aber für viele Menschen ein Sprungbrett in Beschäftigung.
- Der Anteil der Zeitarbeit an der Erwerbstätigkeit liegt in Deutschland nach den neuesten Zahlen bei lediglich 2,1 %.²⁶
- Im ersten Halbjahr 2012 waren zwei Drittel der neu eingestellten Zeitarbeitnehmer vorher ohne Beschäftigung, jeder Sechste davon war sogar länger als ein Jahr arbeitslos.²⁷

te bereits viele Arbeitnehmer in verschiedenen Branchen nicht unmittelbar in dem Unternehmen, zu dem sie im Arbeitsverhältnis stehen. Sie führen vielmehr auf Baustellen oder in „fremden“ Betrieben Aufgaben für „fremde“ Auftraggeber aus, so z. B. Beratungs- oder IT-Dienstleistungen. Niemand würde auf die Idee kommen, solche Arbeitsverhältnisse deshalb als „nicht normal“ zu bezeichnen.

²⁶ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitnehmerüberlassung, Leiharbeitnehmer und Verleihbetriebe, Nürnberg, 2013; Statistisches Bundesamt, Erwerbstätigenrechnung, 2013.

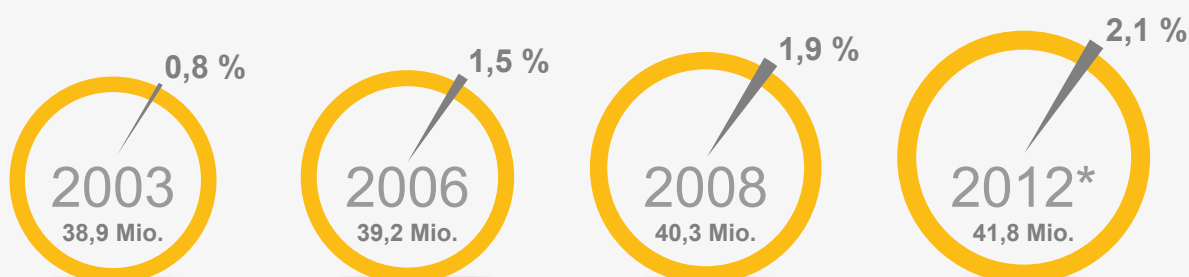
²⁷ Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Zeitarbeit in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen, Nürnberg, 2013.

...UND SCHAFFT BESCHÄFTIGUNG.

Zeitarbeit ist eine wichtige Beschäftigungschance, vor allem für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose. Für viele dieser Menschen wäre die Alternative zur Zeitarbeit oft nicht ein Beschäftigungsverhältnis beim Kundenunternehmen, sondern die Arbeitslosigkeit. Denn die Zeitarbeit ist gerade für exportabhängige Unternehmen ein unverzichtbares Instrument zur flexiblen Steuerung des Personaleinsatzes, um stark schwankende Auftragseingänge und Absatzzahlen oder auch kurzfristige, vorübergehende Personalausfälle abfedern zu können.

Durch Zeitarbeit können sich Unternehmen besser an bestimmte Situationen anpassen, was allein mit der Stammbesetzung häufig nicht möglich wäre. Dieser Flexibilitätsgewinn geht nicht auf Kosten der Arbeitnehmer. Vielmehr übernehmen die Zeitarbeitsunternehmen das Beschäftigungsrisiko und stellen Zeitarbeitnehmer überwiegend unbefristet an. In überlassungsfreien Phasen investieren sie zudem in die Beschäftigungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter.

Nur ein sehr kleiner Teil der Erwerbstätigen arbeitet in Zeitarbeit



- Erwerbstätige im Inland in Mio.
- Anteil der Beschäftigten in Zeitarbeit in Prozent

* Werte von 2012 beziehen sich nur auf das erste Halbjahr.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, jeweils 2013

”

Insgesamt lässt sich aufgrund der Besserstellung von Zeitarbeitnehmern im Vergleich zu Arbeitslosen, der möglichen Brückenfunktion von Zeitarbeit in ein Normalarbeitsverhältnis und der Flexibilisierungspotenziale für die Unternehmen eine positive Bilanz für die Zeitarbeit ziehen.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,
Jahresgutachten 2012/13

“

BEFRISTUNGEN ERLEICHTERN DEN EINSTIEG INS BERUFSLEBEN ...

ZERRBILD

„Befristete Beschäftigung gehört zu den Formen atypischer Beschäftigung, die im Regelfall mit prekärer Beschäftigung gleichzusetzen sind. [...] Letztendlich zeigen Statistiken und Untersuchungen der letzten Jahre jedoch, dass prekäre Beschäftigung, so auch Befristungen, nach und nach das Normalarbeitsverhältnis verdrängt.“

Hans-Böckler-Stiftung
2011²⁸

FAKT

- Der Anteil der befristet Beschäftigten an allen abhängig Erwerbstätigen liegt seit Jahren konstant unter 9 %.²⁹ Über die Hälfte der Neueinstellungen erfolgt unbefristet.³⁰
- Zudem ist bei den befristeten Verträgen die Übernahmequote kräftig gestiegen – von 39 % im Jahr 2005 auf 56 % 2011.³⁰

Befristete Arbeitsverhältnisse sind gerade für Berufsanfänger und Berufsrückkehrer ein wichtiges und akzeptiertes Einstiegsmodell in den Arbeitsmarkt.

Befristungen steigern die Einstellungschancen für Menschen ohne Berufserfahrung oder mit langer Erwerbsabstinenz und können Arbeitslosigkeit verhindern oder beenden. Sie ermöglichen somit soziale Teilhabe und verdienen Unterstützung in Politik und Gesellschaft und keine Diffamierung als „atypisch“.

Für Unternehmen sind sie unverzichtbar, um gerade auch familienbedingte (temporäre) berufliche Auszeiten (z. B.

aufgrund von Teilzeitarbeit oder Eltern- und Pflegezeiten) auszugleichen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erhöhen und somit die Erwerbsbeteiligung besonders von Frauen zu stärken. Je besser die betrieblichen Möglichkeiten sind, familienbedingte berufliche Auszeiten personalwirtschaftlich zu kompensieren, desto besser sind auch die Möglichkeiten, solche Modelle zur flexiblen Arbeitsgestaltung anzubieten.

Befristungen sind aber auch wichtig angesichts noch immer zu starrer Kündigungsschutzregelungen, die den Einstieg in Arbeit von Personen ohne Berufserfahrung oder mit langen Erwerbsunterbrechungen häufig behindern.

”

Vor dem Hintergrund der [...] Daten lässt sich in Deutschland weder von einer vergleichsweise hohen noch von einer stark zunehmenden Verbreitung befristeter Arbeitsverhältnisse sprechen. Da die Vertragsform überwiegend der Ausbildung und Erprobung von Arbeitnehmern am Anfang des Berufslebens dient, sollte von einer undifferenzierten Problematisierung abgesehen werden.

Bertelsmann Stiftung, Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, 2010

“

²⁸ N. Zeibig, Handlungsmöglichkeiten von Betriebsräten bei befristeter Beschäftigung, Arbeitspapier erstellt im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Mai 2011.

²⁹ Statistisches Bundesamt, Atypische Beschäftigung, Erwerbstätige in unterschiedlichen Erwerbsformen, 2013.

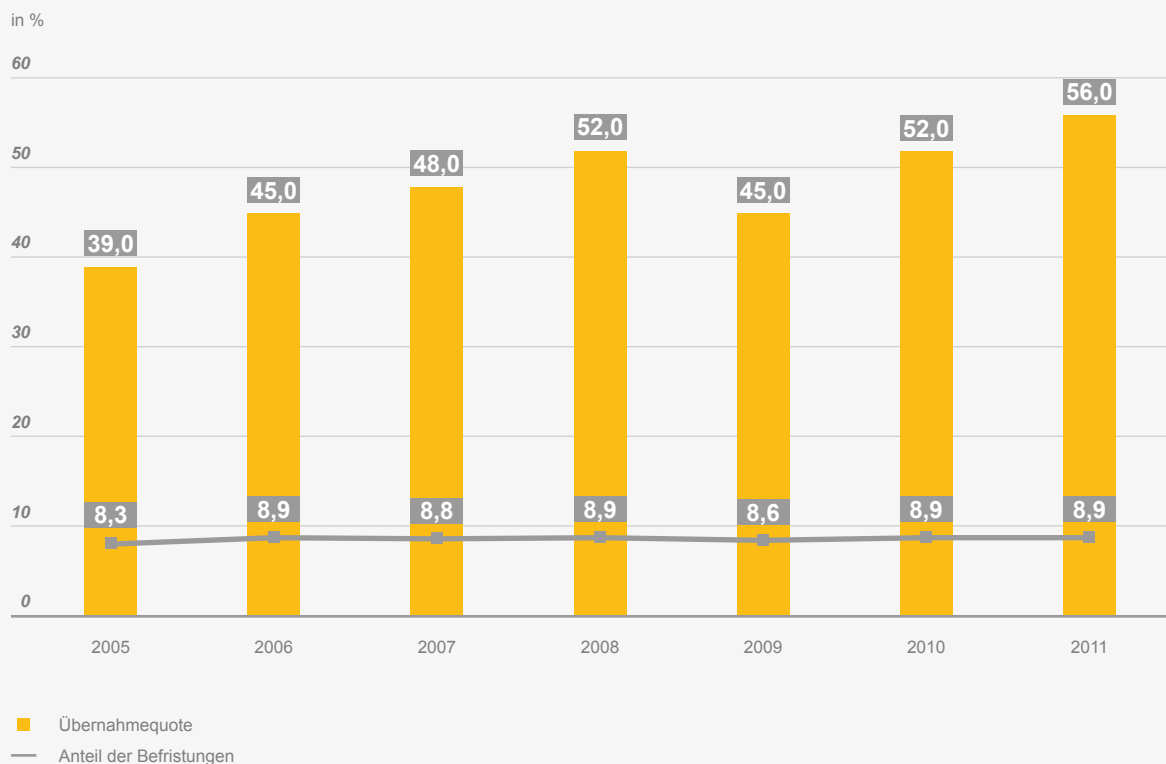
³⁰ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Aktuell, 23. Februar 2012, Nürnberg, 2012.

... UND MÜNDEN ÜBERWIEGEND IN UNBEFRISTETE BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE.

Mehr als jeder zweite befristet Beschäftigte wird direkt in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Zwischen 2005 und 2011 ist die Übernahmequote deutlich gestiegen, und zwar von 39 % auf 56 %.³⁰ Werden auch Verlängerungen befristeter Verträge mitberücksichtigt,

finden im Jahr 2011 sogar 72 % der zunächst befristet Beschäftigten direkt einen Anschlussjob.³¹ Der Anteil der Befristungen an allen Beschäftigungsverhältnissen liegt seit Jahren stabil um die 10%-Marke, selbstverständlich ohne Auszubildende (2011: 8,9 %).²⁹

Zahl der Befristungen unverändert, aber steigende Übernahmequote



Quellen: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt, jeweils 2012

³¹ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB-Betriebspanel, Nürnberg, 2012.

MINIJOBS SIND UNVERZICHTBAR

FÜR MEHR FLEXIBILITÄT AM ARBEITSMARKT ...

ZERRBILD

„Minijobs haben im Zusammenspiel mit fehlenden verbindlichen Lohnuntergrenzen, Arbeitsmarktderegulierung und einer erheblichen Marktmacht von Arbeitgebern in weiten Teilen des Dienstleistungssektors die Verdrängung von vollwertiger Beschäftigung und die starke Auffächerung der Lohnverteilung im unteren Entgeltbereich maßgeblich befördert. Minijobs sind damit ein Treiber von sozialer Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft.“

WSI-Mitteilungen
1/2012³²

Wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit bestätigt, gibt es insgesamt keine Verdrängungseffekte von Minijobs auf voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.³⁶

Minijobs helfen vielmehr insbesondere kleinen Unternehmen bei langen Öffnungszeiten, besonderer Kundenorientierung und stark schwankender Nachfrage, Arbeitnehmer passgenau einzusetzen. Nur hier werden Minijobs mitunter eher aufgebaut als sozialversicherungspflichtige Vollzeitjobs. Dies ist wenig überraschend, denn in diesen Fällen ist das Arbeitsvolumen oft sehr gering oder die Arbeitnehmer selbst bevorzugen Minijobs.

Drei Viertel aller Minijob-Arbeitgeber beschäftigen drei oder weniger geringfügig Beschäftigte, so dass eine Umwandlung in eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle gar nicht in Frage kommt.³⁷

Viele Minijobs lassen sich zudem aus rein praktischen Gründen überhaupt nicht in Vollzeitstellen umwandeln. Dies gilt z. B. für Zeitungsboten, die zeitgleich ihre jeweiligen Zustellbezirke beliefern, oder für Beschäftigte in der Gastronomie, die zu punktuellen Nachfragespitzen am

FAKT

- Obwohl sich die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 2006 und 2012 um über 2,4 Mio. erhöht hat,³³ ist die Zahl der ausschließlich als Minijobber Tätigen konstant geblieben: Im Juni 2006 waren es 4,85 Mio., zur gleichen Zeit 2012 4,83 Mio.³⁴ Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen ist damit um über 6 % gesunken.
- Über 40 % der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sind Schüler, Studenten oder Rentner und nicht primär auf eine andere Tätigkeit am ersten Arbeitsmarkt bedacht.³⁵

Wochenende eingesetzt werden. Viele Minijobber nutzen die Möglichkeit, sich ohne Steuer- und Beitragsabzüge etwas hinzuzuverdienen. Dies gilt insbesondere für Studenten, Rentner und Schüler sowie für Ehepartner, die ihren Teil zum Familieneinkommen beitragen möchten. Minijobber genießen denselben arbeitsrechtlichen Schutz wie voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Entgeltfortzahlung, Kündigungsschutz, Urlaub etc.).

³² Stein-Herzog, A., C. Klenner und D. Voss, Minijobs, WSI-Mitteilungen 1/2012, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, 2012, S. 4.

³³ Statistisches Bundesamt, Erwerbstätigenrechnung, 2013.

³⁴ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Geringfügig entlohnte Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, 2013.

³⁵ Statistisches Bundesamt, Wer sind die ausschließlich geringfügig Beschäftigten? Eine Analyse nach sozialer Lebenslage, Wirtschaft und Statistik, Januar 2013.

³⁶ Hohendanner, C. und J. Stegmaier, Umstrittene Minijobs, IAB-Kurzbericht 24/2012, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, 2012.

³⁷ Minijob-Zentrale, Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung – IV. Quartal 2012, 2013.

Minijobber sind größtenteils Hinzuverdiener

Das Diskriminierungsverbot nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz gewährleistet, dass Minijobber bei allen Arbeitsbedingungen nicht schlechter als vergleichbare Vollzeitbeschäftigte behandelt werden dürfen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des Arbeitsentgelts. Minijobber sind zudem in die Rentenversicherung einbezogen. Selbst wenn sie sich dafür entscheiden, keine eigenen Beiträge zu leisten, zahlt dennoch der Arbeitgeber für sie Rentenbeiträge i. H. v. 15 % des Arbeitsentgelts, die in vollem Umfang rentensteigernd berücksichtigt werden.

Entgegen der landläufigen Meinung sind Minijobs für den Arbeitgeber grundsätzlich kostenintensiver als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung: Anstelle des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung von rd. 20 % leisten Arbeitgeber bei Minijobs eine Pauschalabgabe i. H. v. 30 % (15 % Rentenversicherung, 13 % Krankenversicherung, 2 % Pauschsteuer) des Bruttolohns.



”

Entgegen der häufig in der Öffentlichkeit dargestellten Auffassung, dass Minijobs in den vergangenen Jahren stark zugenommen haben, bewegt sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten im Dezember 2011 auf einem annähernd gleichen Niveau wie bereits im Dezember 2004. Auch im Vergleich zur Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind deutlich geringere Zuwachsraten zu verzeichnen.

Minijob-Zentrale, 2012

“

... UND LEISTEN EINEN WICHTIGEN BEITRAG ZUR AKTIVIERUNG UND WIEDEREINGLIEDERUNG VON LANGZEITARBEITSLOSEN.

Minijobs sind für viele Menschen ein Weg, um den (Wieder-)Einstieg in Beschäftigung zu schaffen. Fast jeder dritte geringfügig Beschäftigte nimmt im Anschluss an den Minijob eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf, mehr als 40 % davon beim selben Arbeitgeber.³⁸

Studien belegen, dass Minijobs vor allem für ältere Arbeitslose ein effektives Instrument sind, um längerfristige Arbeitslosigkeit zu reduzieren.³⁹

Minijobs helfen zudem, Schwarzarbeit einzudämmen. Ohne Minijobs würde das Ausmaß der Schattenwirtschaft im Jahr 2013 um rd. 7 Mrd. € ansteigen.⁴⁰ Allein in Privathaushalten hat sich die Zahl der angemeldeten Minijobber seit 2004 mehr als verdoppelt.³⁷

Allerdings muss es künftig noch besser gelingen, insbesondere weibliche Minijobber verstärkt in eine vollzeitnahe Beschäftigung zu integrieren. Dies gilt gerade dann, wenn ergänzend zur geringfügigen Beschäftigung die Fürsorgeleistung Arbeitslosengeld II bezogen wird.

Anstatt die Minijobs zu bekämpfen, müssen die Ursachen dafür angegangen werden, dass gerade für geringer qualifizierte ein Minijob oft attraktiver ist als eine vollzeitnahe Tätigkeit. Dazu zählen vor allem eine Reduzierung der zu hohen Belastung des Faktors Arbeit durch Steuern und Sozialabgaben, ein bedarfsgerechter Ausbau der noch immer in weiten Teilen unzureichenden Kinderbetreuungsinfrastruktur, die eine Vollzeittätigkeit für viele Minijobber erschwert, und eine Reform der Hinzuverdienstregelungen beim Arbeitslosengeld II. Zudem sollten sinnvolle Ansätze, Minijobber gezielt an vollzeitnahe Tätigkeiten heranzuführen, ausgebaut und weiterentwickelt werden.

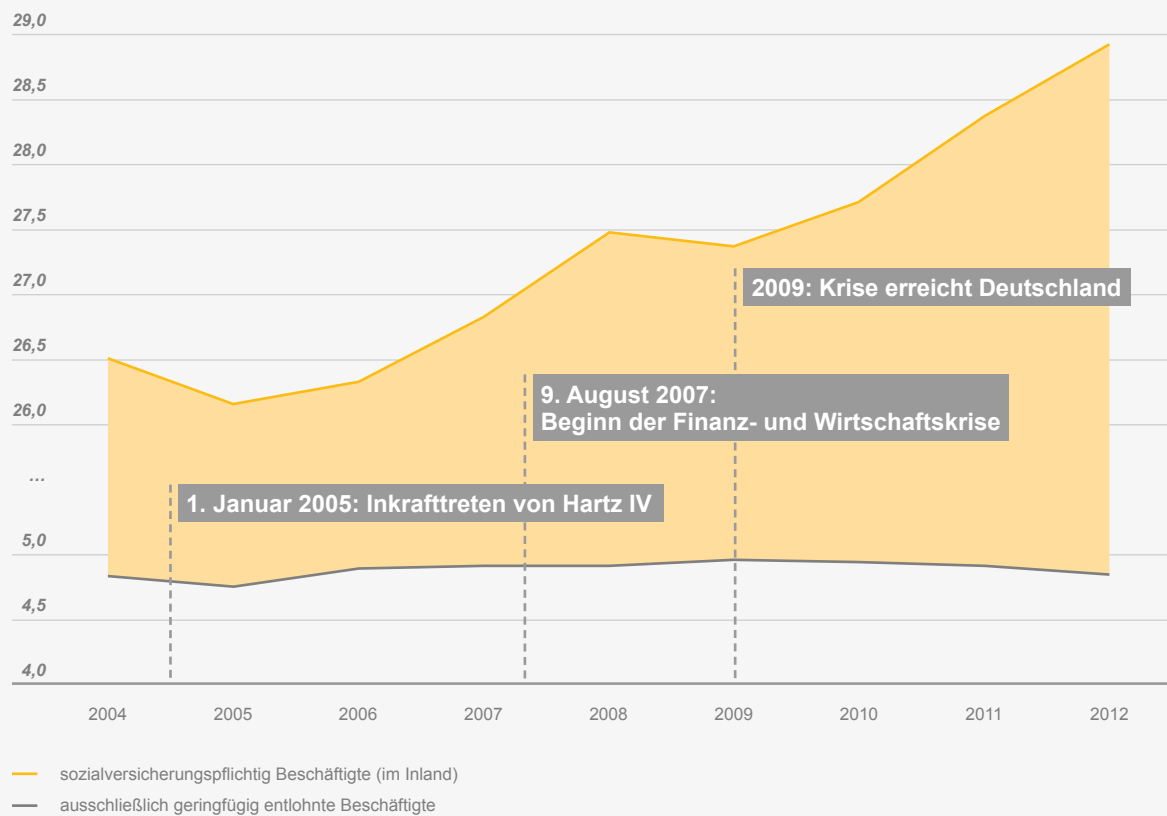
³⁸ Vennebusch, T. und M. Hardebusch, Minijobs sind eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt, Knappschaft-Bahn-See (Hrsg.), Kompass März/April 2010, S. 3–5.

³⁹ Freier, R. und V. Steiner, Marginal employment: stepping stone or dead end? Evaluating the German experience. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 41 (2–3), 2008, S. 223–243.

⁴⁰ Boockmann, B. und F. Schneider, Prognose zur Entwicklung der Schattenwirtschaft in Deutschland im Jahr 2013, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, 2013.

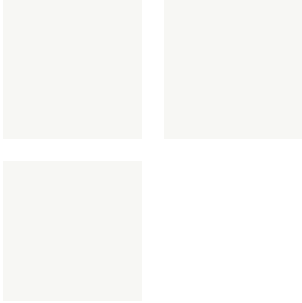
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wächst kräftig – Zahl der Minijobber stagniert

in Mio.



Stichtag jeweils 30. Juni

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, jeweils 2013



”

Die stärkere Herausbildung eines Niedriglohnsektors bietet gering qualifizierten Arbeitnehmern Beschäftigungschancen und damit die Möglichkeit, der Arbeitslosigkeit zu entkommen.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2012/13

“

DEUTSCHLAND NICHT VOR DEM ABSTURZ IN ARMUT UND NIEDRIGLOHN

ES GIBT KEINE DEUTSCHE „NIEDRIGLOHNSTRATEGIE“

ZERRBILD

„Der Niedriglohnsektor expandiert trotz prächtiger Wirtschaftslage. Das bedeutet nichts anderes als eine gesellschaftliche Absage an Teilhabe und Solidarität.“

Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen
Frankfurter Rundschau, 19. April.2012⁴¹

FAKT

- Der Aufbau von Beschäftigung im Niedriglohnbereich schlägt sich in zusätzlicher Beschäftigung und mehr Erwerbschancen vor allem für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose nieder.
- Bezogen auf die Bevölkerung ist der Anteil der Normalverdiener nicht gesunken, sondern zwischen 1994 und 2009 von 46 % auf 48 % gestiegen.⁴²
- Die Zahl der Nichterwerbstätigen ist dagegen im selben Zeitraum von 12 % auf 8 % gesunken.⁴²

Ein erheblicher Teil der Debatte über den Wandel in der Arbeitswelt dreht sich um den sog. Niedriglohnbereich. Oft wird behauptet, dass die Zahl der Niedriglohnbezieher ständig gestiegen sei und dass gut bezahlte Arbeitsplätze mittlerweile die Ausnahme seien.

Als Niedriglohn wird dabei üblicherweise ein Verdienst unterhalb von zwei Dritteln des Medianeinkommens aufgefasst. Im Jahr 2010 lag diese Grenze nach Angaben des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen (IAQ) bei einem Stundenlohn von 9,15 €.⁴³ Rund 8 Mio. Menschen arbeiteten zuletzt für einen Lohn unterhalb dieser Schwelle. Ihr Anteil an allen abhängig Erwerbstätigen lag bei gut 23 % und damit kaum höher als im Jahr 2000 (20,6 %).⁴³

Richtig ist, dass der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor an allen Beschäftigten bis zum Jahr 2007 gestiegen ist.⁴³ Das Argument, der Aufbau einfacher Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich gehe auf Kosten Beschäftigter mit höheren Löhnen, ist jedoch falsch.

Ebenso falsch ist der Vorwurf, Deutschland habe seine internationale Wettbewerbsfähigkeit eigens durch „Lohndumping“ verbessert und die Arbeitsmarkterfolge der vergangenen Jahre auf dem Rücken der Arbeitnehmer erwirtschaftet. Deutschland gehört nach wie vor zu den Industrieländern mit den höchsten Arbeitskosten: Arbeit-

”

Ich halte nichts davon, dass man die Wettbewerbsfähigkeit durch überdimensionierte Lohnentwicklungen nach unten drückt und die Lohnstückkosten damit nach oben drückt. [...] Alle künstlichen Eingriffe und Ratschläge überzeugen die IG Metall auf keinen Fall.

Berthold Huber, anlässlich der IGM-Jahrespressekonferenz, 22. Januar 2013

“

⁴¹ B. Pothmer, Gastbeitrag zum Niedriglohnsektor: Prekäre Republik Deutschland, Frankfurter Rundschau vom 19. April 2012.

⁴² Schäfer, H. und J. Schmidt, Der Niedriglohnsektor in Deutschland: Entwicklung, Struktur und individuelle Erwerbsverläufe, IW-Analysen – Forschungsberichte Nr. 77, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2012.

⁴³ Kalina, T. und C. Weinkopf, Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn, IAQ-Report, Nr. 2012-01, Institut für Arbeit und Qualifikation, Duisburg, 2012.

geber in der Privatwirtschaft zahlten 2012 durchschnittlich 31 € für eine geleistete Arbeitsstunde.⁴⁴ Das waren 32 % mehr als im EU-Durchschnitt. Im Verarbeitenden Gewerbe, das besonders im internationalen Wettbewerb steht, kostete eine Arbeitsstunde in Deutschland im Jahr 2012 durchschnittlich 35,20 € (Rang 5 im EU-Vergleich). Eine Stunde Arbeit in der deutschen Industrie war damit 47 % teurer als im EU-Durchschnitt.⁴⁴

In Deutschland werden die Löhne von den Sozialpartnern – also den Gewerkschaften und den Arbeitgebern – ausgehandelt, der Staat hält sich heraus. Die Sozialpartner orientieren sich bei der Lohnfindung zu Recht an der Produktivitätsentwicklung in ihrer Branche und nicht an der Lohnpolitik anderer Länder. Diese produktivitätsorientierte Lohnpolitik hat die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gesteigert und deutlich mehr Beschäftigung insgesamt ermöglicht.⁴⁵

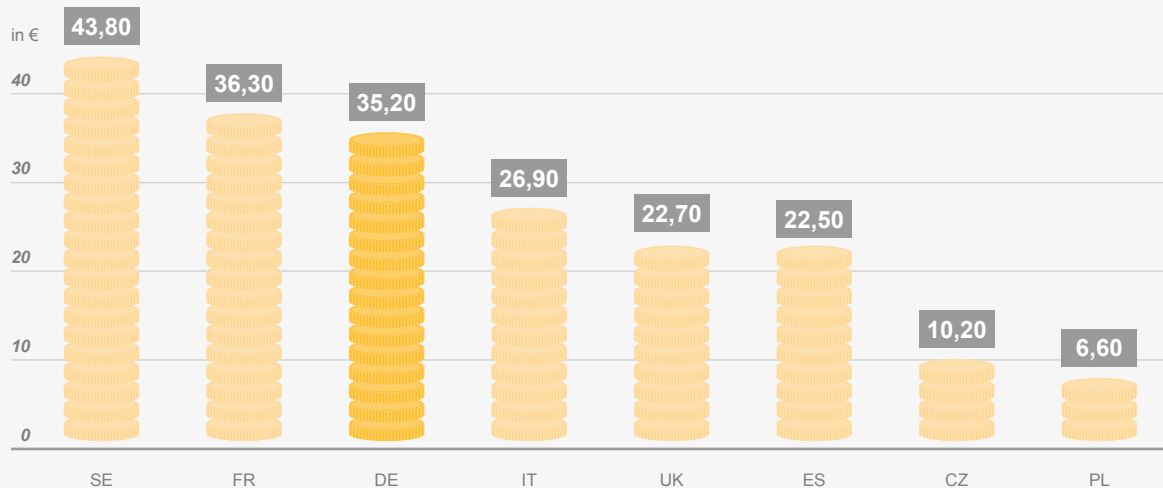
GERADE GERINGQUALIFIZIERTE UND LANGZEIT-ARBEITSLOSE HABEN ARBEIT GEFUNDEN

Ohne ausreichende Qualifikation fällt der Einstieg in den Arbeitsmarkt oft besonders schwer. Rund 45 % aller Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Be-

rufsausbildung.⁴⁶ Die meisten von ihnen können den Einstieg in den Arbeitsmarkt nur über eine einfache, entsprechend niedrig entlohnte Tätigkeit schaffen.

Produktionsstandort Deutschland bleibt ein teures Pflaster

Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde im Verarbeitenden Gewerbe



Werte für 2012

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2013

⁴⁴ Statistisches Bundesamt, EU-Vergleich der Arbeitskosten – Arbeitskosten je geleistete Stunde im Jahr 2012, 2013.

⁴⁵ Lesch, H., Lohnpolitik im Spannungsfeld außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte und volatiler Konjunktur, IW-Trends 1/2012, Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

⁴⁶ Weber, B. und E. Weber, Qualifikation und Arbeitsmarkt: Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, IAB-Kurzbericht 04/2013, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, 2013.

Wenn Hunderttausenden Geringqualifizierten und ehemals Langzeitarbeitslosen in den vergangenen Jahren der Weg aus der Arbeitslosigkeit geebnet wurde, ist dies keine „gesellschaftlichen Absage an Teilhabe und Solidarität“, sondern genau im Gegenteil die Chance, wieder unabhängig von staatlichen Transferleistungen zu werden.

Der größer gewordene Niedriglohnbereich hat in besonderem Maße dazu beigetragen, dass die Langzeitarbeitslosigkeit gesunken ist, wie es kaum jemand für möglich gehalten hätte: Die Zahl der Menschen, die zwölf Monate oder länger ohne Job sind, hat sich seit 2005 um mehr als 1 Mio. verringert.⁴⁷

Wenn die wichtige Reintegration teilweise jahrelang arbeitsloser Menschen in den Arbeitsmarkt gelingt, ist es normal, dass dies oft zunächst nicht mit unbefristeten Arbeitsplätzen zu Facharbeiterlöhnen erfolgen kann.

Die in den vergangenen Jahren gewachsene Beschäftigung auch im Niedriglohnbereich ist kein Indiz dafür, dass viele Normalverdiener „abstürzen“, sondern dass mehr Menschen den Sprung in Arbeit schaffen. Auch wenn der Anteil des Niedriglohnbereichs in den vergangenen Jahren etwas größer geworden ist, hat sich die absolute Zahl der Normalverdiener kaum verändert, weil heute insgesamt viel mehr Menschen erwerbstätig sind als früher.

Die oftmals verbreiteten „Abstiegsängste“ der Mittelschicht sind daher unbegründet. Nicht die Mittelschicht ist geschrumpft, sondern die Zahl der Nichterwerbstätigen. Sie sind es in erster Linie, die in einfachen Tätigkeiten zu zunächst niedrigeren Löhnen beschäftigt werden.

OHNE NIEDRIGLOHNBEREICH WERDEN DIE SCHWÄCHSTEN VOM ARBEITSMARKT AUSGESCHLOSSEN

Gerade für die vielen Geringqualifizierten unter den Arbeitslosen ist eine einfache, entsprechend geringer entlohnte Tätigkeit oft die einzige Chance auf einen Einstieg in Beschäftigung und damit die Grundlage auch für den beruflichen und sozialen Aufstieg.

Den Niedriglohnbereich durch die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne „auszutrocknen“, würde die Schwächsten dagegen dauerhaft vom Arbeitsmarkt aussperren. Gemeinsame Aufgabe und Anstrengung muss es sein, schrittweise zur Verstetigung von Erwerbsbiografien beizutragen und berufliche Aufstiege zu erleichtern, sei es durch Berufserfahrung oder eine gezielte, passgenaue Qualifizierung. Den Einstieg in Arbeit zu realitätsnahen Bedingungen schlechtzureden, beraubt diese Menschen dagegen erst recht jeglicher Zukunftsperspektive.

Dass Arbeit der beste Schutz vor Armut ist, gilt im Übrigen auch im Niedriglohnbereich: Ein Arbeitsloser hat ein fast viermal höheres Armutsrisiko als ein Niedriglohnbezieher. So lag das Armutsrisiko von Arbeitslosen im Jahr 2009 bei gut 56 %. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor betrug das Armutsrisiko lediglich 16 %.⁴³

Arbeit ist der beste Schutz vor Armut

Mehr als die Hälfte der ehemals armutsgefährdeten Personen hat es mit Hilfe eines Niedriglohnjobs geschafft, aus der Armutsgefährdung herauszukommen. Einem Viertel der Niedriglohnbezieher gelingt zudem innerhalb nur eines Jahres der Sprung über die Niedriglohnschwelle.⁴³

”

Deutschland war über Jahrzehnte hinweg Weltmeister bei der Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten. Mit den Hartz-Reformen hat sich die Situation verbessert. Die Armutsgefährdung ist deutlich zurückgegangen, weil neue Jobs geschaffen wurden.

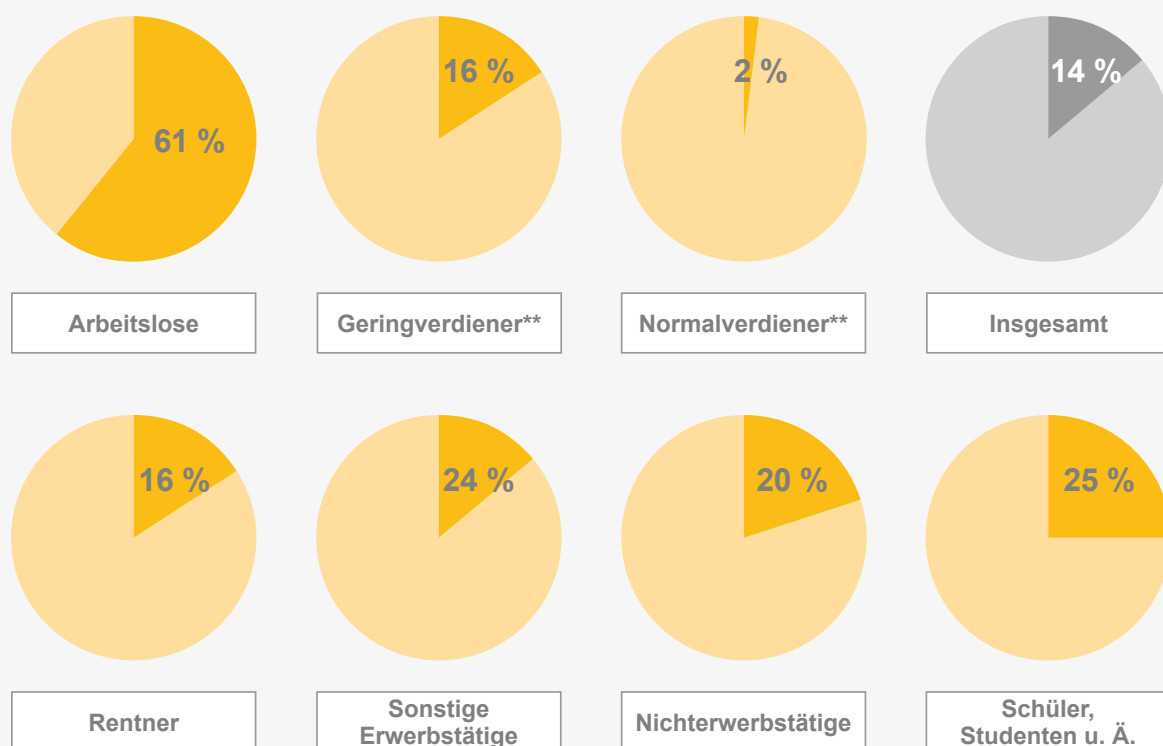
Hans-Werner Sinn, Interview Zeit Online, 5. November 2010

“

⁴⁷ OECD.StatExtracts, Unemployment by duration, 2013.

Das Armutsrisiko* von Arbeitslosen übersteigt das der Niedriglöhner um ein Vielfaches

So viel Prozent der jeweiligen Gruppe sind armutsgefährdet



* Das Armutsrisiko gibt den Anteil der Personen an, deren verfügbares Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Diese ist definiert als 60 % des mittleren mit der Haushaltsgröße verrechneten Nettohaushaltseinkommens.

** Normalverdienst: mehr als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns; Geringverdienst: zwei Drittel des mittleren Stundenlohns oder weniger

Stand 2009; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2012

„AUFSTOCKER“ KEIN BEWEIS FÜR „ARMUT TROTZ ARBEIT“

ZERRBILD

„Dass immer mehr Menschen ergänzende Zusatzleistungen beziehen müssen, ist eine beschämende Entwicklung.“

Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Pressemitteilung vom 13. Mai 2011

Ein weiteres Beispiel für die verzerrte Darstellung der Arbeitsmarktlage ist die Diskussion über sog. Aufstocker, also Erwerbstätige, die neben ihrem Einkommen ergänzendes Arbeitslosengeld II erhalten.

Die rd. 1,2 Mio. abhängig beschäftigten „Aufstocker“ werden als Beleg für angeblich massenhaftes Lohndumping angeführt. Tatsächlich jedoch sinkt die Zahl der vollzeitbeschäftigten „Aufstocker“ seit Jahren. Zuletzt betrug sie weniger als 300.000⁴⁸ – das entsprach lediglich 1,4 % der Vollzeitbeschäftigten insgesamt.⁵⁰

ARBEITEN MEIST IN MINIJOBS ODER TEILZEIT

Geringe Arbeitszeiten Hauptursache für Aufstockung

Rund die Hälfte der „Aufstocker“ übt einen Minijob mit einem Einkommen von höchstens 450 € aus, weitere 20 % sind teilzeitbeschäftigt.⁴⁸ In der Regel wird also nicht ein

FAKT

- Die Zahl der abhängig beschäftigten „Aufstocker“ liegt seit Jahren konstant zwischen 1,2 und 1,3 Mio. Mehr als die Hälfte von ihnen übt nur einen Minijob aus.⁴⁸
- Wenn Vollzeitbeschäftigte „aufstocken“, dann regelmäßig aufgrund von familienbedingten Mehrbedarfen und nicht wegen geringer Löhne: Rund 80 % aller vollzeitbeschäftigten Arbeitslosengeld-II-Bezieher leben in Mehrpersonen-Bedarfsgemeinschaften.⁴⁹

zu geringer Lohn mit Arbeitslosengeld II aufgestockt, sondern genau umgekehrt: Die fast ungeschmälerte Grundsicherungsleistung wird mit geringem Arbeitseinsatz durch ein „Taschengeld“ aus einem Minijob aufgebessert. Ursächlich dafür sind vor allem nach wie vor bestehende Fehlanreize bei der sog. Freibetragsregelung für eigenes Erwerbseinkommen von Arbeitslosengeld-II-Beziehern, die kleine und kleinste Hinzuverdienste besonders attraktiv machen.

⁴⁸ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Februar 2013, Nürnberg, 2013.

⁴⁹ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Analyse der Grundsicherung für Arbeitsuchende, April 2012, Nürnberg, 2012.

⁵⁰ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen, Nürnberg, 2013.

Zudem bedeutet Integration in den ersten Arbeitsmarkt gerade für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose erst einmal Teilnahme und Anerkennung der eigenen Leistungsfähigkeit. Das ist richtig und gut. Wenn das Einkommen aus einer einfachen Erwerbstätigkeit nicht ausreicht, eine ganze Familie zu ernähren, ist es besser, ergänzend

Grundsicherungsleistungen aus Steuermitteln zu gewähren, anstatt die Familie an den Tropf des Staats zu hängen, indem überzogene Mindestlöhne einfache Jobs vernichten und damit auch die Chance auf Einstieg in Erwerbsarbeit und einen schrittweisen Aufstieg zunichtemachen.

”

Gering qualifizierte Arbeitnehmer verfügen über eine vergleichsweise geringe Produktivität, so dass sich Arbeitsplätze nur bei entsprechend geringen Lohnkosten rechnen. [...] Gleichwohl ist es allemal besser, diese Arbeitslosen ebenfalls in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und ihre Arbeitsentgelte mit Hilfe des Arbeitslosengelds II aufzustocken, als dieser Alternative mit Hilfe überzogener Anforderungen an diese Arbeitsplätze einen Riegel vorzuschieben und den gering qualifizierten Arbeitslosen damit Beschäftigungschancen zu verwehren.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,
Jahresgutachten 2011/12

“

MINDESTLOHN KEIN MITTEL GEGEN DAS „AUFSTOCKEN“

Die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns z. B. i. H. v. 8,50 € würde nichts daran ändern, dass viele Menschen Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II haben.

So erlischt dieser Anspruch eines verheirateten Alleinverdieners mit zwei Kindern in Berlin wegen familienbedingter Mehrbedarfe beispielsweise vollständig erst bei einem Bruttostundenlohn von mehr als 15 € (bezogen auf eine 38-Stunden-Woche)⁵¹ – ein für geringer Qualifizierte in einfachen Tätigkeiten kaum zu erreichender Betrag.

Genauer zu betrachten sind die bundesweit lediglich rd. 80.000 alleinstehenden „Aufstocker“, die trotz Vollzeittätigkeit ergänzendes Arbeitslosengeld II bezogen haben.⁴⁹ Allerdings schafft hier die Mehrheit innerhalb eines Jahres den Ausstieg aus der Hilfsbedürftigkeit.

Nach letzten wissenschaftlichen Untersuchungen waren lediglich 11.500 Alleinstehende trotz Vollzeitjob länger als ein Jahr auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen.⁵²

⁵¹ Eigene Berechnungen; es werden 1.268 € Regelbedarf, 641 € Kosten der Unterkunft und Heizung sowie ein anrechnungsfreies Erwerbseinkommen von 330 € angenommen.

⁵² Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Berechnungen für die BDA, 2011.



BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:

Breite Straße 29 | 10178 Berlin

Briefadresse:

11054 Berlin

T +49 30 2033-1400

F +49 30 2033-1405

arbeitsmarkt@arbeitgeber.de
www.arbeitgeber.de

Stand: Mai 2013

Redaktion:

Dr. Jupp Zenzen
Alexander Wilhelm
Dr. Christian Dorenkamp

Fotografie:

S. 6 Kzenon, S. 9 Rainer Plendl, S. 10 ehrenberg-bilder,
S. 25 Robert Kneschke | Fotolia.com

*Mit freundlicher Unterstützung des
Instituts der deutschen Wirtschaft Köln*



www.arbeitgeber.de